



Open Access Repository
www.ssoar.info

Doppelrezension: 1. Norbert Campagna: Wählen als Bürgerpflicht; 2. Hannah Beitzer: Wir wollen nicht unsere Eltern wählen: warum Politik heute anders funktioniert

Wich, Tabea

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wich, T. (2015). Doppelrezension: 1. Norbert Campagna: Wählen als Bürgerpflicht; 2. Hannah Beitzer: Wir wollen nicht unsere Eltern wählen: warum Politik heute anders funktioniert. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 15(1), 32-35.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-441614>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

die mangelnde Diskussionsbereitschaft, mit der in der Politik heute Entscheidungen getroffen werden. Anstatt neue Lösungsvorschläge zuzulassen, würden andere Meinungen mit dem Hinweis abgetan, es gebe zum eingeschlagenen Weg keine Alternative. „Den Vierzigern war die Zukunft einst als offener Raum in die Wiege gelegt worden, ihren Enkeln hinterlassen sie diese als Unabänderlichkeit.“ (131). Auf Glatteis begibt sich der Autor, wenn er als aktuelles Beispiel das Festhalten an der gemeinsamen europäischen Währung nennt. Wer aus ökonomischen Gründen Zweifel an der Rettungspolitik äußere, „wird unter der Hand zum politischen Gegner Europas.“ (132). Er bezieht sich dabei auf Angela Merkels Satz „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Die Frage, ob der Euro Bestand haben kann, ist noch so neu, dass aus heutiger Sicht selbst die Entwicklung in naher Zukunft noch nicht absehbar ist. Gut möglich, dass sich die Situation in zwei Jahren völlig anders darstellt.

Womit die These von der mangelhaften Diskussionsbereitschaft – auch im Volk – problemlos untermauert hätte werden können, sind die „Shitstorms“, die in immer orkanartigen Ausmaßen durchs Internet ziehen. Aus einem polarisierenden Anlass entstehen heftige, emotionale Bekundungen von Hass, Missgunst und Ablehnung, die sich bevorzugt gegen einzelne Personen richten. Kultivierte, sachbezogene Diskussionen, für die

das Internet hervorragend geeignet wäre, bleiben auf der Strecke.

Versuche der Vorgängergeneration, ein authentisches Bild ihrer Nachkommen zu zeichnen, haben einen ganz eigenen Charme, weil sie zumeist unbeholfen und oberflächlich ausfallen. Oft lässt sich herauslesen, dass man mit dem, was da in die Welt gesetzt wurde, nicht so recht etwas anfangen kann. So auch hier: „Eigentlich müssten die Nachkommen der Vierziger ständig auf den Straßen sein und aufgebracht und wütend ihre Zukunft einfordern.“ (231). Amüsant wird es, wenn sich der Autor an einer Erklärung der „Hipster“-Subkultur versucht. Ein Hipster definiere sich vor allem durch sein Äußeres: „Zwei Prozent Körperfett, engste Hosen, dicke Brillen, Truckerkappen, minimalistische Fahrräder, ärmellose Feinripp-Unterhemden [...]“ (238). Es scheint den Nachkommen der „Vierziger“ also trotz fehlenden Faibles für Straßenproteste gelungen zu sein, ihre Vorfahren zu verstören.

„Was tun?“ ist die ernste und naheliegende Frage, die der Autor nach der Abhandlung der Verwerfungen seiner Generation im Titel des letzten Kapitels stellt. „Die Vierziger sind [...] aufgefordert, aus der fernen Fremde, in der sie sich gerne aufhalten, in die Heimat zurückzukehren, um dort auszuhelfen.“ (253). Sie sollten „die Belastungen, die das Alter notwendig für eine Gesellschaft mit sich bringt, unter sich aus-

machen.“ (253). Weiter meint Kuntze: „Ein neuer, unerhörter Markt würde entstehen, auf dem nicht mit Waren gehandelt und Gewinn erzielt wird, sondern auf dem die Mitmenschlichkeit kostenlos in den Auslagen liegt.“ (253). Anstatt in Utopie und Selbstmitleid aufzugehen, nennt das Werk realisierbare und überlegte Handlungsvorschläge. Sie umzusetzen, wird die Welt nicht retten. Aber können sie dabei helfen, die steigenden Belastungen auf das Sozialsystem zu schmälern? In jedem Fall könnten sich Senioren in Deutschland beim Bundesfreiwilligendienst weitaus stärker beteiligen als in der Vergangenheit. Bisher sind bei diesem freiwilligen Dienst an der Gemeinschaft fast ausschließlich junge Menschen vertreten. Die ältere Generation beteiligt sich leider kaum – trotz ihres Zeitreichtums.

Das vorliegende Werk ist kein Generationenbuch, das gemäß der Tradition des Genres eskapistisch in der Vergangenheit schwelgt. Es übt Selbstkritik, dient aber nicht nur den „Vierzigern“ zur Reflexion. Die Nachkommen kann es dabei unterstützen, Fehler der Vergangenheit zu erkennen und überall dort, wo es nötig ist, neue Wege zu gehen. Und diese Notwendigkeit besteht in vielerlei Hinsicht.

Sven Kuntze (2014): Die schamlose Generation – Wie wir die Zukunft unserer Kinder und Enkel ruinieren. München: C. Bertelsmann Verlag. 256 Seiten. ISBN 978-3-570-10222-0. Preis: 19,99 €.

Norbert Campagna: Wählen als Bürgerpflicht und

Hannah Beitzer: Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert

Rezension von Tabea Wich

Die Wahlpflicht gilt in: Dänemark, Griechenland, Australien, Chile, Singapur, Ecuador, Belgien, Thailand, Ägypten, Libyen, Costa Rica, Liechtenstein, Venezuela, Peru, Bulgarien, Chile, Brasilien, Luxemburg, warum nicht auch in Deutschland? Diese Frage wurde nach der letzten Europawahl 2014, bei der die Wahlbeteiligung nur noch 43,09

Prozent betrug, im Vergleich zu 61,99 Prozent bei der ersten Europawahl im Jahr 1979, wieder aufgeworfen. Für die einen ist die Wahlpflicht der Tod des Wahlrechts, für die anderen die einzige Möglichkeit, die politische Legitimität aufrechtzuerhalten. Norbert Campagnas Buch *Wählen als Bürgerpflicht* stellt ein Plädoyer für die Wahlpflicht dar. Im Großteil des Buches

untersucht und entkräftet er die wichtigsten Einwände gegen die Einführung dieser und entwickelt zusätzlich noch eine These, die für eine solche Einführung spricht. Für Campagna ist eine legale Wahlpflicht „ein einer kranken liberalen Demokratie verschriebenes Arzneimittel“ (12), welches, wie er in seinem Schlussgedanken formuliert, als Erinnerung für die Bürger an ihre politische

Verantwortung wirken könne.

Unterschieden werden müsse zunächst zwischen moralischer und gesetzlicher Pflicht. Aus der Erkenntnis heraus, dass „die liberale Demokratie allen fundamentalen Bedürfnissen des Menschen, u.a. dem Bedürfnis nach Anerkennung der eigenen persönlichen Würde [...] besser entgegenkommt als die Prinzipien anderer Staatsformen“ (70) und dass das Wählen der einzig mögliche Prozess sei, politische Legitimität herzustellen, lasse sich eine kollektive, moralische Pflicht ableiten, das Wählen aufrechtzuerhalten. Aber soll diese kollektive, moralische Pflicht die Form eines Gesetzes annehmen bzw. gibt es eine Pflicht, am politischen Prozess zu partizipieren? Natürlich hat jedes Individuum das Recht, für sich selbst nicht in einer Demokratie leben zu wollen, aber hat dieses Individuum nicht die Pflicht, seine Mitmenschen, die gerne wählen möchten, zu schützen und um ihrer willen die Demokratie aufrechtzuerhalten? Und selbst wenn alle erwachsenen Bürger nicht in einer Demokratie leben möchten, stellt sich doch die Frage, ob sie nicht verpflichtet sind, diese für die kommenden Generationen zu erhalten (vgl. 68f.). Nun kann man das alles für übertrieben halten – schließlich wird nicht gleich die Demokratie abgeschafft, nur weil die Wahlbeteiligung sinkt –, doch wie der Autor diesen vorhergehenden Gedankengang zusammenfasst, sei das Opfer (nämlich im Durchschnitt höchstens einmal im Jahr einen Umschlag in eine Wahlurne zu werfen und ca. eine halbe Stunde seiner Lebenszeit zu verbrauchen), das man erbringen müsse, um die Gefahr für die Demokratie zu reduzieren, doch sehr gering. Hier findet sich so gleich die Hauptthese Campagnas: Um die Demokratie zu schützen, leiste die Wahlpflicht einen großen Beitrag, indem sie einerseits politische Legitimität gewährleiste und es ihren Gegnern unmöglich mache zu behaupten, Wahlen seien aufgrund von mangelnder Teilnahme gar nicht mehr nötig, und andererseits als Mittel fungiere, die Bürger wieder mehr für Politik zu begeistern, wogegen sie von ihnen nur ein kleines Opfer fordere.

Um diese These zu belegen, werden größtenteils Gegenargumente der Wahlpflicht entkräftet. So seien Wahlrecht und Wahlpflicht keinesfalls konkurrierende, sondern einander ergänzende Faktoren: während das Wahlrecht jedem Bürger garantiere frei zu entscheiden, wen und ob er gültig oder ungültig wählen möchte, zwingt ihn das Wahlrecht, überhaupt zur Wahl zu gehen und



dort einen Umschlag in die Wahlurne zu werfen, wobei es ihm ja immer noch freistehe, diesen Umschlag z.B. einfach leer einzuwerfen. Auch wird auf die Situation von Personen eingegangen, für die eine Wahl gegen ihr religiöses oder philosophisches Gewissen verstößt. Da sie sich in einem Spannungsfeld zwischen ihren verschiedenen Identitäten befinden (z.B. zwischen ihrer Identität als Anhänger der Glaubensgemeinschaft der Amish und als Staatsbürger der USA), sollten „die Strafen für eventuelle Zuwiderhandlungen [der Wahlpflicht, Anmerkung der Rezensentin] grundsätzlich zumutbar sein“ (51), damit es für diese Personen möglich sei, aus Gewissensgründen zivilen Ungehorsam auszuüben. In diesem Zusammenhang schlägt der Autor eine Strafe zwischen 50 und 200 Euro vor (vgl. 50).

In dem Kapitel „Die Pflicht zu wählen und die Pflicht, gut zu wählen“ geht Campagna nochmals auf den Unterschied zwischen moralischer und rechtlicher Verpflichtung ein. Während die rechtliche Norm den Bürger nur verpflichte, einen Umschlag in eine Wahlurne zu werfen und so seine minimale politische Pflicht auszuüben, sei die moralische Pflicht wesentlich umfassender: So verlange diese vom Bürger nicht nur ein Wähler, sondern ein aufgeklärter Wähler zu sein und sich im Vorfeld der Wahl mit allen relevanten Themen beschäftigen zu haben.

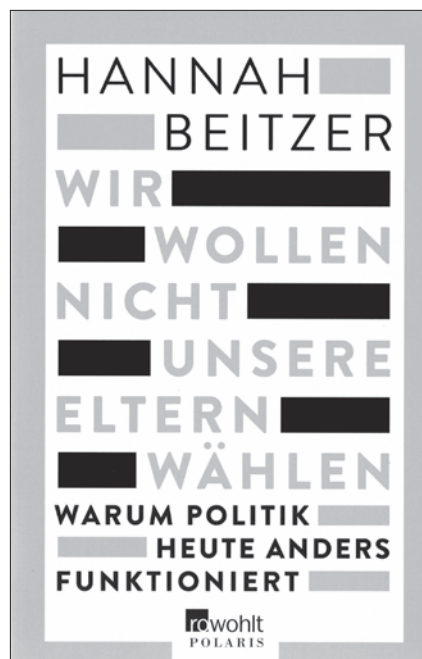
Diese weitere Definition der moralischen Pflicht nutzt der Autor auch als Widerspruch zu dem Argument, die Wahlpflicht diene nur der Zementierung der herrschenden Verhältnisse, nutze also nur den Regierenden und führe dazu, dass die Bürger glaubten, der bloße physische Wahllakt reiche aus, um ein ‚guter‘ Bürger zu sein. Eben weil diese moralische Pflicht auch das Sich-Informieren umfasse, hofft der Autor konträr zu den vorgebrachten Gegenargumenten, dass eine Wahlpflicht helfe, die Begeisterung für politische Partizipation neu zu beleben.

Norbert Campagna nimmt den Leser mit auf seine Reise durch Artikel des Grundgesetzes und die Philosophie, von der attischen Demokratie bis zu Hobbes und Rousseau. Dabei schafft er es immer wieder, durch viele Beispiele und Szenarien komplexe Sachverhalte zu erläutern, sodass der Leser jedem seiner Gedankengänge folgen kann. Zu Beginn geht der Autor in einem Kapitel auf die vom Wahlrecht Ausgeschlossenen (besonders Ausländer) ein. Dieser Exkurs ist zwar interessant zu lesen, allerdings ist nicht ersichtlich, was er zum Thema Wahlpflicht beiträgt. Betrachtet man die Gliederung, von dem eben genannten Kapitel abgesehen, deckt diese alle notwendigen Aspekte ab: Campagna beginnt mit einer historischen Begründung des Wahlrechts, definiert dann Wahlpflicht und entkräftet mehrere allgemeine Gegenargumente, baut daraufhin seine eigene These auf, entkräftet zum Ende hin noch zwei konkrete Gegenargumente und geht zuletzt auf die rechtliche Umsetzung ein. Überzeugend verteidigt er in seinem Buch die für ihn zum Schutz der Demokratie notwendige Wahlpflicht, ohne die Gegenargumente auszublenden. Sein eigenes fundiertes Wissen in Philosophie und Jura wird deutlich, jedoch ohne, dass er das Gleiche auch von seinem Leser erwartet. Geradezu geduldig erklärt er jedes möglicherweise nicht bekannte Wort und macht sein Plädoyer so zu einem gut und flüssig lesbaren Buch, von dem der Leser in jedem Fall einige neue Erkenntnisse mitnimmt. Betrachtet man das Thema Generationengerechtigkeit, ist es schade, dass dieses nur so kurz angeschnitten wird, gerade weil ich den Gedankengang, man solle die moralische Pflicht haben, die Demokratie für nachfolgende Generationen zu erhalten, äußerst interessant finde. Besonders wichtig und relativ neu in der Debatte ist die im ganzen Buch immer wieder auftauchende moralische Wahlpflicht, welche erst das Funda-

ment für eine rechtliche Norm schafft. Für Campagna ist die Einführung einer Wahlpflicht auch eine Möglichkeit, die Begeisterung für politische Partizipation neu zu beleben. Es wird zwar klar, dass er hofft, dass diese Begeisterung geweckt wird durch das Sich-Informieren für die Wahl, allerdings gelingt es ihm nicht, die Befürchtung, die bestehenden politischen Verhältnisse würden durch den Wahlakt nur zementiert, vollkommen zu entkräften.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass Norbert Campagna mit diesem Buch ein wirklich überzeugendes Plädoyer geschaffen hat, welches den bisherigen Stand der Debatte nicht nur gut zusammenfasst, sondern zusätzlich noch um den Aspekt der moralischen Wahlpflicht erweitert.

Eine ganz andere Herangehensweise an das Thema „Geringe Wahlbeteiligung“ findet sich in Hannah Beitzers Buch *Wir wollen nicht unsere Eltern wählen*. Die Autorin möchte sich all jenen entgegenstellen, die die junge Generation für unpolitisch und arrogant halten und erklärt, wie sich Politik, Wirtschaft und Medien verändern müssen, um sich der neuen Generation anzupassen. Charakteristisch für die junge Generation sei ihr Individualismus, den Hannah Beitzer allerdings nicht wie die meisten Medien negativ bewertet, sondern dessen Ursprünge und Folgen im ganzen Buch immer wieder erläutert werden. Prägend für die Kindheit der jungen Generation sei der Zusammenbruch der Ideologien des 20. Jahrhunderts gewesen: das Ende des Kommunismus, das Platzen der dotcom-Blase, kein ewiger Frieden nach dem Ende des Kalten Krieges (9/11), die Finanzkrise 2007, die Eurokrise und ganz allgemein die Abkehr vom Glauben an ewiges Wachstum. Somit seien die Jungen grundsätzlich skeptisch gegenüber einfachen Erklärungen, abgeschlossenen Weltbildern und Ideologien, was es natürlich schwierig mache, sich an eine Partei zu binden. Die Jungen ließen sich in keine Lager mehr einteilen und wollten nicht ein ideologisches Gesamtpaket wählen, sondern von Fall zu Fall unterschiedlich entscheiden, was zwangsläufig zu mehr politischer Mitbestimmung auch während der Legislaturperioden führen müsse. Grundsätzlich seien sie im Gegensatz zu ihren Eltern, die sich in einer spießigen Welt nach Chaos sehnten, bedacht auf Sicherheit. Zu Beginn des Buches definiert die Autorin die junge Generation als die nach 1980 Geborenen, da diese einschneidend von der Globalisierung geprägt wurden. Da politisches Engagement



immer nur von einem Teil der Gesellschaft ausgeübt werde, fehlten beim Begriff der Generation diejenigen Menschen, die sich nicht für Politik interessierten. Eines der herrschenden Themen in diesem Buch ist die Piratenpartei, „denn die Piraten haben gezeigt, dass es in der Politik vor allem auf eines ankommt: Einfach mal zu machen, anstatt endlos zu grübeln, sich auch mal was zu trauen, anstatt immer nur zu zaudern. Vielleicht waren die Piraten genau das, was die junge Generation brauchte, um endlich den Mund aufzumachen.“ (182). Die Attraktivität dieser Partei zum Erscheinungsdatum des Buches im Juli 2013 rühre aus der Bereitschaft her, alles zu verhandeln und eben kein abgeschlossenes Weltbild zu haben. Allerdings hat die Piratenpartei inzwischen gemessen an ihren Wahlergebnissen schon deutlich an Attraktivität eingebüßt. Eine Parallele zwischen der Umweltpolitik der Grünen der ersten Jahre und der Netzpolitik der Piraten lasse sich durchaus ziehen, da es der Verdienst der Piraten sei, dass Netzpolitik plötzlich auch bei den etablierten Parteien stattfinde, so Beitzer. Da mehr Mitbestimmung in der Politik nötig sei, lobt die Autorin die basisdemokratische innerparteiliche Struktur als zukunftsweisendes Experiment.

Das Kapitel „Wie wir arbeiten (wollen)“ beschreibt die Neuerungen, die in der Wirtschaft nötig seien, um sich der jungen Generation anzupassen. „Heute werden Berufseinsteiger als kapriziöse Diven beschrieben“ (45), die von ihren Eltern verwöhnt worden seien. Die Autorin interpretiert diese Attitüde allerdings eher als neues Selbstbe-

wusstsein, bessere Arbeitsbedingungen einzufordern, die durchaus auch von den Älteren gewollt würden. Dies ist allerdings nicht nur eine Folge der Erziehung, sondern auch mit dem Wissen verbunden, es sich aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen Mangels an gut ausgebildeten, gesunden, jungen Menschen leisten zu können, Forderungen zu stellen. Da die Sphären Arbeit und Privates sich durch den Einsatz von neuen Technologien immer mehr vermischen, lege die junge Generation bei der Unternehmenswahl immer mehr Wert auf ein angenehmes Arbeitsumfeld. „Die Jungen wollen hinter dem, was ein Unternehmen produziert, stehen, ganz egal, ob das nun Waren oder Ideen sind.“ (47), so Beitzer. Zudem seien sie mehr als vorherige Generationen bereit, Aufgaben zu delegieren, denn wichtig ist in einer vernetzten Welt nicht mehr, alles selbst zu wissen, sondern vor allem die Frage, an wen man sich wenden muss (vgl. 54). Insgesamt lasse sich festhalten, dass die Wirtschaft durchaus bereit war und ist, sich auf Neuerungen einzustellen, da sie Angebot und Nachfrage kenne und es seit jeher gewohnt sei, sich auf die Bedürfnisse von z.B. Kunden einzustellen. Im Gegensatz dazu zeige die Politik weit weniger Anpassungsfähigkeit, da Politiker von Berufs wegen von dem, was sie täten, überzeugt seien. Die Autorin möchte an dieser Stelle eine Debatte über mehr Transparenz anstoßen, da junge Menschen es gewohnt seien, an alle Informationen zu kommen, um Entscheidungen zu fällen, und gerade der alltägliche Politikbetrieb, der ja alle angeht, allen zugänglich gemacht werden sollte. Gleichzeitig ist ihr auch die Gratwanderung zwischen dem Politiker als öffentlicher Person und als Privatperson bewusst. Wichtig sei es für junge Menschen, dass Politiker nicht nur bei offiziellen Veranstaltungen, sondern auch spontan im Internet ansprechbar seien. Zudem wünscht sich Hannah Beitzer Politiker, die die neuen Möglichkeiten der Kommunikation des Internets nutzen und die ihre Lust am Diskurs, sonst ausgetragen bei Parteitage und Bürgergesprächen, auch bei Diskussionen im Internet ausleben. Das Internet als „Erweiterung der ‚realen Welt‘ [...], das gleichzeitig Telefon, Bibliothek und Fernseher ist“ (88), und die dazugehörige Netzpolitik sei ein Feld, auf dem noch viel Platz sei, die Jungen miteinzubeziehen und gemeinsam Neues auszuprobieren. Allerdings werden auch die tiefen Gräben zwischen den Generationen bei diesem Thema

deutlich, zum Beispiel bei der Debatte um Urheberrechte. Außerdem gebe es auch im Internet eine Informationselite, die Wenigen, die genug Mut, Zeit und intellektuelles Vermögen besitzen, um die Diskussion wirklich voran zu bringen (vgl. 144f.). Das letzte Thema, das die Autorin aufgreift, ist der Feminismus, der in der heutigen Gesellschaft wieder aktuell sei. Die Gleichberechtigung sei lange noch nicht ausdiskutiert, was an den hitzigen Debatten um Bröderles Dirndl-Spruch oder das Betreuungsgeld ersichtlich werde. Besonders problematisch werde das Leben junger Menschen mit der Geburt des ersten Kindes, bei der viele sich in einer Situation wiederfinden, die ihnen in ihrem „Pragmatismus besonders unangenehm ist: Es geht dann auf einmal doch wieder um Ideologien, um große Lebensentwürfe. Jede Entscheidung, die Frauen und Männer in diesem Zusammenhang treffen, treibt sie näher an das eine oder andere Lager heran: Eine Frau will nach der Geburt ein Jahr zu Hause bleiben, der Mann nimmt nur zwei Monate Elternzeit? Aha, reingetappt in die Traditionalistenfalle. Die Mutter geht nach einem halben Jahr wieder arbeiten, der Vater übernimmt? Augenrollen von Vollzeit-Muttis [...]“ (150). Sexuelle Belästigung, Kindererziehung, Wiedereinstieg in den Beruf... die Themen der Feministinnen des vergangenen Jahrtausends und der Feministinnen von heute ähneln sich, doch im

Gegensatz zu früher wurden die heutigen Frauen gleichberechtigt erzogen, nur hinkte die Welt um sie herum dem noch hinterher. Während Campagnas Stil sich als sehr wissenschaftlich und durchsetzt von Philosophie und juristischer Terminologie erweist, ist Beitzers Buch umgangssprachlicher formuliert. Es finden sich viele persönliche Erlebnisse und Erfahrungen aus ihrem Bekanntenkreis, was ihren Stil sehr lebendig werden lässt. Sehr detailliert geht sie auf alle Parteien im damaligen Bundestag ein, also zur Zeit des Erscheinungsdatums des Buches im Juli 2013, und erklärt zum Beispiel deren Netzpolitik, wobei die Piratenpartei herausragend behandelt wird. Beide Autoren verteidigen ihr Subjekt (Wahlpflicht bzw. die junge Generation) leidenschaftlich, wobei ihnen auch negative Aspekte bewusst sind. Zudem möchten sie mit ihren Büchern gesellschaftliche Debatten anstoßen und präsentieren Lösungen für das Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. In Beitzers Buch wird nicht immer ganz klar, wer genau zu der jungen Generation gehört, da sie einerseits diese als die nach 1980 Geborenen definiert, andererseits aber auch beschreibt, dass ihre Eltern zu Zeiten der 68er-Bewegung jung waren und die junge Generation in ihrer Kindheit von Wende, Wiedervereinigung und 9/11 geprägt wurde. Damit sind dann aber eher die heute 30- und nicht die 20-Jährigen definiert, also nicht die Men-

schen, die gemeinhin als Jugend bezeichnet werden. Besonders überzeugt hat mich persönlich die Schlussfolgerung, dass aus Individualität mehr Mitbestimmung folgen muss und die Aussicht, im Internet vielfältige, neue Möglichkeiten zur Ausgestaltung dieser Partizipation auszuprobieren. Die Gliederung legt nahe, dass *Wir wollen nicht unsere Eltern wählen* genau wie Campagnas Buch klar strukturiert ist. Allerdings werden die Themen Piratenpartei, Individualismus oder auch die Frage, wie Politik gestaltet werden sollte, immer wieder an verschiedenen Stellen aufgegriffen, sodass es mitunter schwierig ist, einen Themenkomplex auch als einen solchen zu erkennen. Beide Autoren sind sich darin einig, dass sich in der deutschen Politik etwas verändern muss, um die Bürger, insbesondere die Jungen, wieder besser zu erreichen, wobei Campagna einen ganz konkreten Vorschlag bietet, während Beitzer eher Debatten anstoßen und zu größeren Umbrüchen aufrufen möchte.

Norbert Campagna (2011): Wählen als Bürgerpflicht. Berlin: Parodos Verlag. 102 Seiten. ISBN: 978-3-938880-40-1. Preis: 10,00 €.

Hannah Beitzer (2013): Wir wollen nicht unsere Eltern wählen. Warum Politik heute anders funktioniert. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag. 191 Seiten. ISBN: 978-3-499-62247-2. Preis: 12,99 €.

Manfred Liebel: Kinderinteressen. Zwischen Paternalismus und Partizipation.

Welche Interessen haben Kinder? Wie steht es um ihre Rechte? Wie werden sie am besten vertreten – von Erwachsenen, aber auch von den Kindern selbst? Im Buch werden diese Fragen umfassend erörtert. Die Interessen von Kindern haben seit der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention vor 25 Jahren wachsende Aufmerksamkeit gefunden. Es sind Organisationen und Institutionen entstanden, die sich der Vertretung von Kinderinteressen widmen. Doch worin bestehen die Interessen der Kin-



der? Wie entstehen sie, und wie sind sie zu erkennen? Was haben sie mit Kinderrechten, mit dem Kindeswillen und dem Kindeswohl zu tun? Wo und wie können sich Kinder beschweren, wenn ihnen Unrecht geschieht? Wie werden ihre Interessen am besten vertreten und von wem? Im Buch wird diesen Fragen auf umfassende Weise nachgegangen, mit Blick auf Deutschland und Österreich sowie auf andere Länder und Kontinente. Es zeigt, wie die Möglichkeiten der Kinder erweitert werden können, ihre Interessen in der Welt der Erwachsenen zur Geltung zu bringen.